

Beschluss GR 21.07.2021

1. Die von der Verwaltung vorgestellte aktuelle Gesetzeslage und die Ausführungen einer möglichen Umsetzung werden zur Kenntnis genommen.

Einstimmig.

2. a) Die Verwaltung wird beauftragt, eine Zweckentfremdungsverbotssatzung zu entwerfen und die hierfür erforderliche Organisationstruktur darzustellen.

Bei 18 Ja- und 17 Nein-Stimmen (35 Stimmberechtigte anwesend).